



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Die Politik Aehrenthals. Die Sandschakbahn.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

Geschäft über Afghanistan zweifelhaft, das über Tibet schlecht, das über Persien noch schlechter. Er war nach wie vor der Ansicht, Persien hätte Pufferstaat zu bleiben und sollte nicht angetastet werden. Das war das Urteil eines Mannes, dem die asiatische Politik Selbstzweck war. Aus anderen Gründen war der linke Flügel der liberalen Partei unzufrieden. Den Radikalen war schon die Verbindung mit dem freiheitsfeindlichen Rußland verdächtig, sie erschrakten aber geradezu über das Abereinkommen zur Erwürgung Persiens; das widersprach ihrer Anschauung, England habe die Unabhängigkeit der kleineren Völker zu schützen. Sie konnten es nicht fassen, daß ein liberales Ministerium sich auf einen nach ihrer Vorstellung unsittlichen Vertrag einließ¹⁾. Es ist aber für die Denkweise der Engländer bezeichnend, daß ein Mann wie Campbell-Bannerman Präsident des Kabinetts war, unter dem Persien unter die Räder geworfen wurde. Die Männer, die an der Regierung des englischen Weltreiches teilnehmen, unterscheiden sich zwar untereinander in ihrem Urteil über das sittlich Erlaubte und sittlich Verbotene; aber letzten Endes unterordnen die Moralisten ihre Bedenken den Geboten des politischen Vorteils. Zur Erleichterung ihres Gewissens halten sie dann um so strengeres Gericht über die anderen Völker und deren Staatsmänner.

*

Die Politik Aehrenthals. Die Sandschakbahn

In diesen Welthändeln war von Osterreich-Ungarn nur wenig zu hören. Diese Enthalttsamkeit entsprang dem Gefühl der Schwäche, denn

¹⁾ Zu den Segnern der Einkreisungspolitik und des Zurückweichens vor Rußland gehörte Dilke, der schon vor dem Eintritte Greys in die Regierung zu Anfang 1905 an einen Freund schrieb, Grey habe immer den Handel mit Rußland begünstigt, er selbst aber werde, ob innerhalb oder außerhalb der nächsten liberalen Regierung, alles tun, um ihn zu vereiteln. Dilke mißbilligte überhaupt die Tätigkeit König Eduards und Hardinges beim Knüpfen neuer Allianzen gegen Deutschland. Man erzeuge dadurch den Verdacht, das Deutsche Reich eintreiben zu wollen, was große Gefahren in sich schließe, und rücke den Weltkrieg in die Nähe. So an mehreren Stellen seiner Tagebücher, besonders 1908 ("The Life of Sir Charles Dilke" von Gwynne und Tuckwell II, S. 507). Daß ein Mann dieser politischen Anschauung keine Stelle im Kabinett erhielt, lag in der Natur der Sache.

die Monarchie wankte von einer inneren Krise zur anderen und war zufrieden, wenn sie ungestört blieb. Gerne ließ sich Graf Goluchowski die während des japanischen Krieges gewährte Schonzeit gefallen; seiner ganzen Anlage nach hatte er überhaupt keine Lust, die Ruhe Europas durch Erheben von Ansprüchen zu stören. Schwer lastete auf dem Reiche der Unfrieden unter den Völkern. Zur Abwechslung waren es 1905 wieder einmal die Magyaren, welche die Grundfesten des Baues unterhöhlten, der ihnen ein wirkliches Dach bot. Der Streit entzündete sich an der deutschen Armee- und Kommandosprache, die sie in den ungarischen Regimentern der gemeinsamen Armee durch das Magyarische ersetzt haben wollten. Darüber soll noch eingehender die Rede sein, hier sei nur erwähnt, daß schließlich wieder ein Ausgleich zwischen der Krone und der Parlamentsmehrheit auf der Grundlage erfolgte, daß dem Herrscher die Kommandogewalt über das gemeinsame Heer, also auch die Bestimmung der Armeesprache blieb, während die Leitung des Staates im übrigen dem Bunde der oppositionellen Parteien übertragen wurde. Vor dem allgemeinen Wahlrecht machten die neuen Gewalthaber eine Verbeugung, indessen blieb es ein frommer Wunsch der Völker Ungarns. In dem am 8. April 1906 gebildeten Koalitionskabinett wurde Weyerle Präsident, neben ihm saßen Franz Kossuth, dann die Grafen Apponyi und Andrássy. Während der vorhergehenden Wirren hatte Graf Goluchowski als Minister des Äußeren dem Kaiser treu zur Seite gestanden, was ihm die Parlamentsmehrheit nicht verzieh. Zur Macht gelangt, verlangte sie seinen Rücktritt. Er selbst riet dem Kaiser zum Nachgeben, um das wiederhergestellte Zusammenwirken von Krone und Parlament zu erleichtern. Am 24. Oktober 1906 erhielt er die Entlassung, Freiherr von Aehrenthal trat an seine Stelle.

Aehrenthal war unter den österreichischen Staatsmännern einer der letzten, die nicht bloß von der Daseinsnotwendigkeit der Donaumonarchie, sondern auch von der Möglichkeit überzeugt waren, ihr frisches Leben einzuhauchen. Er besaß den Mut zu einer entschlossenen äußeren Politik und traute dem Reiche die Tragkraft für sie zu. Die Sorge des nahen Zerfalles der Monarchie wies er ab, da es doch unmöglich schien, die entstandene Lücke durch neue Gestaltungen auszufüllen. Er meinte, es sei Pflicht des Ministers des Äußeren, die öffentliche Aufmerksamkeit von dem oft kleinlichen Hader im Innern auf die größeren Aufgaben der europäischen Stellung der Monarchie

hinzulenken. Er ergriff also jede Gelegenheit, um, anders als sein Vorgänger, Österreich als Großmacht zur Geltung zu bringen.

Als Botschafter in Petersburg hatte er für Frieden und Freundschaft mit Rußland gewirkt. Das Abereinkommen von Würzsteg 1903, durch das die zwei Kabinette sich über die mazedonischen Angelegenheiten einigten, war zum Teil sein Werk (Band I, Seite 456). Als Minister galt er anfangs als der Wortführer eines engeren Verhältnisses zu Rußland, doch immer unter Festhalten an der mitteleuropäischen Allianz, dieses Ecksteins der Politik der Donaumonarchie. In diesem Sinne sagte er in seiner ersten Ansprache vor den Delegationen am 4. Dezember 1906: „Aufrichtige Freundschaft besteht seit mehr als einem Dezennium zwischen Österreich-Ungarn und Rußland. Wir können auf Grund der mit dem russischen Minister des Außern gepflogenen Besprechungen mit Beruhigung dem weiteren Zusammenwirken entgegenblicken, ein Zusammenwirken, welches im Interesse der Erhaltung des Friedens die Besserung der Lage der Bevölkerung in der europäischen Türkei anstrebt.“

Indessen stellten sich schon bei der mazedonischen Frage zwischen den zwei Regierungen Meinungsverschiedenheiten ein. Unter Goluhowski war, dem Würzsteger Vertrag entsprechend, die Reform der Gendarmerie Mazedoniens durchgeführt, auch die der Finanzen angebahnt worden. Beim Justizwesen aber stockte das Werk. Bisher wurde jede Maßregel zunächst zwischen Wien und Petersburg vereinbart, worauf man die anderen Großmächte zum Beitritt einlud. Iswolskij aber machte dem russisch-österreichischen Dualismus ein Ende. Er erklärte dem Wiener Kabinett, er müsse ein anderes Verfahren einschlagen; es sei angezeigt, alle Großmächte gleichzeitig zur Einigung heranzuziehen. Damit wurde eine weitwendige Verhandlung unter allen sechs Kabinetten notwendig, was zur Folge hatte, daß man nicht von der Stelle kam. Iswolskij machte kein Hehl aus dem ihn leitenden Beweggrund. Seitdem Rußland sich mit England am 30. August 1907 über die Teilung der Einflußgebiete in Asien verständigt hatte, stand das Londoner Kabinett dem Petersburger näher als das von Wien. Es ergab sich von selbst, daß Rußland und England auch in Mazedonien Hand in Hand gehen wollten. Auch bot die nähere Verbindung mit der englischen Regierung noch einen Vorteil. Diese behandelte die Pforte ohnedies mit Abelswollen, so daß Rußland darauf rechnen konnte, Großbritannien werde für die Slawen Bulgariens

mehr tun als Österreich-Ungarn. Nicht daß Iswolskij sich vom Münzsteger Vertrag lössagte, aber Österreich-Ungarn sollte nicht länger vor Großbritannien den Vortritt haben.

So hatte die geänderte Weltlage das Abschwenken der russischen Regierung zu England und ihre Entfremdung von Österreich-Ungarn zur Folge. Der Spalt erweiterte sich durch die Temperamente der zwei Minister des Äußeren. Beide waren ehrgeizig, ausgreifender Pläne voll und kamen einander notwendigerweise ins Gehege. Lehrenthal unterschied sich darin von seinen Vorgängern Ráknöhy und Goluchowski, daß er nicht wie sie in Balkanangelegenheiten Zurückhaltung übte, sondern von vornherein zu selbständigem Vorgehen entschlossen war, ohne in Petersburg anzufragen.

Die erste Probe, ob er durchdringen könne, war beim Bau einer der für Österreich-Ungarn wichtigen Balkanbahnen abzulegen. Zunächst richtete Lehrenthal sein Augenmerk auf die Verbindung Bosniens mit dem türkischen Neze. Es war ein Uebelstand, daß die bosnische Bahn zu Uvac an der türkischen Grenze ihr südliches Ende fand, während die mazedonische Linie erst in Mitrowiça begann, so daß zwischen den zwei genannten Punkten eine Lücke klaste. Das fehlende Mittelstück mußte über den Sandschak von Nowibazar geführt werden, wo Österreich-Ungarn auf Grund des Berliner Vertrages Besatzungen hielt und Wegerechte besaß. Um die Verbindung mit Mazedonien über Mitrowiça zu erzielen, knüpfte Lehrenthal insgeheim mit der Pforte Unterhandlungen an, und am 27. Jänner 1908 konnte er öffentlich verkünden, die Zustimmung des Sultans zum Bau der Bahn sei auf dem Wege.

Diese Mitteilung erregte in den Ländern des Dreiverbandes großes und unliebsames Aufsehen. Begreiflich war noch das unwillige Aufsehen Iswolskij's. Er behauptete, das Wiener Kabinett wäre gemäß dem Vertrage von 1897 (Band I, Seite 162) verpflichtet gewesen, ihn früher von der Sache zu verständigen; Lehrenthal aber habe ihm, während sonst alle Balkanfragen einträchtig besprochen wurden, bei ihrer Zusammenkunft in Wien (September 1907) die Unterhandlung mit der Pforte verheimlicht. Der österreichisch-ungarische Minister hielt dem entgegen, daß Goluchowski schon früher in einem ähnlichen Falle in Petersburg hatte wissen lassen, jenes Abkommen von 1897 beziehe sich nur auf politische Dinge, es gelte aber nicht für wirtschaftliche Angelegenheiten, wie Handelsverträge und Eisenbahnanschlüsse; sonst

müßte Österreich-Ungarn seine Wirtschaftspolitik von Rußland abhängig machen. Ob nun Iswolskij Grund zu gerechter Beschwerde hatte oder nicht: die Sache war ihm jedenfalls nicht wichtig genug und er ließ sie nach kurzer Zeit auf sich beruhen, um mit dem Wiener Kabinett über die Dardanellen und über Bosnien in Unterhandlungen zu treten. Auch anerkannte er später, in einer am 19. Juni 1908 dem Wiener Kabinett gemachten, auch sonst wichtigen Mitteilung, daß sich das Petersburger Abkommen von 1897 nur auf politische und nicht auf wirtschaftliche Fragen beziehe, daß Österreich-Ungarn somit in Eisenbahnfragen selbständig vorgehen könne.

Nachhaltiger war der Groll in London und in Paris. Hier war die Erregung künstlich und richtete sich dagegen, daß Österreich-Ungarn, der Bundesgenosse Deutschlands, ein kräftiges Lebenszeichen von sich gab und offenbar mit dessen Unterstützung einen Erfolg davontrug. Darin sah man wieder den mit Mißgunst beobachteten deutschen Einfluß in Konstantinopel. Die allerfeinsten Politiker witterten sogar einen Anschlag Deutschlands, sich mittels Österreich-Ungarns der Eisenbahnverbindungen von der Nordsee ans Ägäische Meer zu bemächtigen. Besonders heftig war der Widerspruch in London. Das Wiener Kabinett sollte zu fühlen bekommen, daß die Bundesgenossenschaft Deutschlands auch ihre Unbequemlichkeiten hatte. Mit diesem Beweggrund wurde jedoch zurückgehalten, der österreichischen Regierung dagegen öffentlich der Vorwurf gemacht, daß sie Schuld trage an dem Stöcken in der Reform der mazedonischen Verwaltung. Österreich-Ungarn hätte sich von der Pforte durch jene Eisenbahnverbindung gewissermaßen bestechen lassen, um — gemeinsam mit Deutschland — das Reformwerk zu vereiteln. In diesem Sinne äußerte sich Grey am 25. Februar 1908 im Unterhause. Während des Frühjahrs veranstaltete die Presse Englands, Frankreichs und Rußlands ein wahres Kesseltreiben gegen das Wiener Kabinett, an dem sich die Zeitungen Italiens aus dem Hinterhalt beteiligten. Indessen blieb Uehrenthal unerschüttert, da er voraussah, daß die angebliche Erregung über die Sandschakbahn früher oder später verrauchen werde.